

Freitag 12.05.2006

Agenturmeldung

Titel	PLZ, Ort	interne Pub. Nr.
<input checked="" type="checkbox"/> ddp	10178 Berlin	700300
<input type="checkbox"/> ddp nrw	40217 Düsseldorf	700301
<input type="checkbox"/> ddp lth	99084 Erfurt	700302
<input type="checkbox"/> ddp nrd	20459 Hamburg	700303
<input type="checkbox"/> ddp bln	10178 Berlin	700304
<input type="checkbox"/> ddp lsc	04103 Leipzig	700305
<input type="checkbox"/> ddp lsa	39108 Magdeburg	700306
<input type="checkbox"/> ddp lbg	14469 Potsdam	700307
<input type="checkbox"/> ddp bay	80337 München	700308
<input type="checkbox"/> ddp bwb	76185 Karlsruhe	700309
<input type="checkbox"/> ddp hes	60598 Frankfurt/Main	700310
<input type="checkbox"/> ddp rp	55118 Mainz	700311
<input type="checkbox"/> ddp sl	55118 Mainz	700312

1 erschienene Meldung(en)

 Adresse:
 ddp Deutscher
 Depeschendienst GmbH
 Panoramastr. 1a
 10178 Berlin
 Fax: 030/23122-168
 Tel.: 030/23122-0

xpl 022 4 pl 187 vvvva DDP0220 1053

Verfassung/Föderalismusreform/Herzog/Dohnanyi/

Herzog und Dohnanyi warnen vor Scheitern der Föderalismusreform =

Berlin (ddp). Vor der am Montag beginnenden Anhörung zur Föderalismusreform warnt die Reforminitiative «Konvent für Deutschland» vor einem Scheitern des Projektes. Der Konventsvorsitzende und sein Stellvertreter, Alt-Bundespräsident Roman Herzog und Hamburgs früherer Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD), appellierten in einem Schreiben an die 16 Länderregierungschefs, ein Scheitern der Föderalismusreform nicht zuzulassen, wie die Initiative am Freitag in Berlin mitteilte.

Zwar sei der von der großen Koalition vorgelegte Reformentwurf nicht vollkommen, doch habe nur ein Kompromiss Chancen auf eine verfassungsändernde Mehrheit, betonten Herzog und Dohnanyi den Angaben zufolge. Die «mühsam erreichte Balance von Konzessionen und Gegenkonzessionen» dürfe nicht gefährdet werden.

«Der großen Koalition würde ein entscheidender Rechtfertigungsgrund ihrer Existenz entzogen werden, wenn diese Reform scheitern würde, denn dann wäre auch die Reformfähigkeit Deutschlands auf lange Sicht ernsthaft in Frage gestellt», heißt es in dem Schreiben, das auch an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ging.

Herzog und Dohnanyi erklärten weiter, dass dem anstehenden Reformschritt eine Neuordnung der Finanzverfassung folgen müsse. «Die anstehende Entflechtung von Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenzen kann ihre Wirkung nur wirklich entfalten, wenn die Länder die neugewonnenen Spielräume mit einer gestärkten Finanzautonomie auch nutzen können», sagten sie. ddp/sto/kos